

**Sozial und Demokratisch.
Anpacken. Für Burtscheid – für Aachen.**

Leitbild des SPD-Ortsvereins Aachen-Burtscheid

beschlossen am 02.08.2011



Inhalt

1. Vorwort (S. 3)
2. Unser Ortsverein – Wer wir sind, was wir wollen, wie wir arbeiten (S. 4-5)
3. Kommunalpolitik – Kümmerer vor Ort (S. 5-6)
4. Fortschritt – Was er für uns bedeutet (S. 6-7)
5. Arbeit, Soziales, Gesundheit – Herzkammer der Sozialdemokratie (S. 8-9)
6. Wirtschaft und Finanzen – Neues wagen (S. 9-11)
7. Verkehr, Mobilität und Umwelt – Keine Zeit verlieren (S. 12-14)
8. Bildung, Forschung, Kultur – Wissen ist Zukunft (S. 14-16)
9. Europa- und Weltpolitik – Wir wachsen zusammen (S. 16-18)
10. Konkrete Schritte, Zusammenarbeit und Partner (S. 19)

1. Vorwort

Auf der Klausurtagung des SPD-Ortsvereins Aachen-Burtscheid im Januar 2011 wurde der Vorstand einstimmig beauftragt, ein neues Leitbild zu entwickeln. Wie alle Gliederungen der Partei durchlebt auch unser Ortsverein viele Phasen der Veränderung. Bundespolitisch, landespolitisch und auf den höheren kommunalen Ebenen werden Debatten geführt, die einen SPD-Ortsverein nicht unberührt lassen. Die Stichworte Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Euro-Krise, Schuldenkrise haben leichten Eingang in den Sprachgebrauch des politischen Diskurses gefunden. Die Bewältigung nicht nur dieser, sondern auch anderer Problemstellungen wie der Klimafrage bestimmt den politischen Kurs und erfordert dringend kluge und sachverständige Antworten der Landes-, Bundes- und Europapolitiker. Als Ortsverein ist es uns jedoch gerade vor diesem Hintergrund wichtig, uns zu fragen, welche Rolle wir innerhalb von Partei und Gesellschaft einnehmen, wie wir uns auf Veränderungen vorbereiten können, um einen möglichst großen Gestaltungsspielraum für Entscheidungen der Zukunft zu gewinnen – in Burtscheid, in der Städteregion Aachen, aber auch darüberhinausgehend. Als direkt in der Bürgerschaft unseres Stadtviertels verankertes Gremium sind wir verpflichtet, unsere Arbeit stets zu überprüfen und den Dialog mit den Menschen zu suchen, für die wir arbeiten. Wir sind uns des Spannungsbogens bewusst, den wir als Ortsverein zwischen Partei und Bürgerschaft darstellen. Es geht also um nicht weniger als eine Positionsbestimmung, ein Darlegen unserer Werte und Grundüberzeugungen sowie das Festmachen unseres Handlungsspielraums und -willens im heutigen Koordinatensystem. Wir sind selbstbewusst und selbstkritisch, tatkräftig und willens, uns für Burtscheid einzusetzen. Der Burtscheider Bürgerschaft machen wir ein Angebot, wie sich Politik in Aachen inhaltlich, personell und vom Stil her gestalten lässt. Unser Leitbild stellt die Grundpfeiler dieses Angebots dar, wir sind jedoch stets offen für jeden konstruktiven Diskussionsbeitrag.

Bruno Meyer

Benjamin Fadavian

Nortrud Riemann

2. Wer wir sind – was wir wollen – wie wir arbeiten

Wir sind die SPD in Burtscheid! Mit über 140 Mitgliedern sind wir einer der großen Aachener Ortsvereine und seit jeher auch einer der aktivsten. Der gewählte Ortsvereinsvorstand repräsentiert alle in Burtscheid lebenden oder sich zu Burtscheid zählenden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Als Ortsverein sind wir kleinstes Glied der SPD, innerhalb des SPD-Unterbezirks Aachen-Stadt, der SPD Regio Aachen, der SPD Region Mittelrhein, des SPD-Landesverbandes NRW, des SPD-Bundesverbandes, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Sozialistischen Internationalen (SI). Bei uns engagieren sich Menschen verschiedener Herkunft, Altersklassen, Berufe, Religionen und Ansichten. Zu uns gehören Schülerinnen und Schüler, Studierende, Angestellte, Hausfrauen und Hausmänner, Selbstständige, Rentnerinnen und Rentner, Beamte, Minister, Ratsmitglieder, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und viele mehr. Uns alle eint, dass wir Burtscheid nach vorne bringen wollen. Dieses Ziel und der feste Zusammenhalt des Ortsvereins motivieren uns. Sozialdemokratische Werte bilden für uns das ideale Fundament bürgernaher Stadtteilpolitik. Wir wollen nah beim Bürger sein. Das heißt für uns, dass wir unsere Politik vor Ort regelmäßig dem Urteil der Bürgerschaft unterziehen. Dies gelingt uns durch das intensive Mitwirken unserer Mitgliedschaft im Stadtteilleben. Wir engagieren uns in Vereinen, Verbänden, Initiativen und Interessengemeinschaften. Auch in vielen Institutionen wie Schulen oder Sportvereinen in Burtscheid stehen Sozialdemokraten in der Verantwortung. Unsere monatlichen Vorstandssitzungen, die regulär jeden ersten Dienstag im Monat im „Kapellchen“ (Malmedyer Str. 17) stattfinden, ergänzen wir an jedem dritten Dienstag im Monat durch einen „Vorstand im Dialog“ an gleicher Stelle. Dieser explizit für die öffentliche Mitwirkung geschaffene Termin sichert einen Informationsaustausch nach innen und außen. Hinzu kommen regelmäßige Infostände in der Burtscheider Fußgängerzone sowie themen- oder zeitenabhängige Aktionen wie unsere alljährliche Osteraktion. Diese sind uns besonders wichtig, weil uns als Ortsverein stets das persönliche Gespräch mit der Bürgerin oder dem Bürger am Herzen liegt. Hier lässt sich am direktesten ersehen, wo der Schuh drückt und politischer Handlungsbedarf besteht. Durch eigene Beobachtungen und die Rücksprache mit Bürgerinnen und Bürgern konnten wir

z.B. im letzten Jahr die Zustände im Ferberpark verbessern. Passgenaue Pressearbeit und regelmäßige Aktualisierungen unserer Internetseite www.spdburtscheid.de runden eine solide Öffentlichkeitsarbeit ab.

3. Kommunalpolitik – Kümmerer vor Ort

Die Kommunalpolitik ist der Kernbereich unserer Ortsvereinsarbeit. Hier werden die Strukturen festgelegt, unter denen die Menschen in ihrer Stadt und ihrem Ortsteil leben müssen bzw. können. Deshalb ist für uns Sozialdemokraten der Bürger derjenige, um den sich letztlich alles dreht.

Der Kontakt zum Bürger ist eine der wichtigsten Aufgaben des Ortsvereins: Auf der einen Seite ist der Bürger eine wichtige Informationsquelle (Fachmann) für seine Belange, auf der anderen Seite muss er über Entscheidungen und Planungen informiert und aufgeklärt werden. Unser Grundsatz lautet: Politik soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Jeder ist in seiner Situation zunächst einmal der Fachmann, der über die Belange in seinem Umfeld genau Bescheid weiß. Deshalb muss er auch gehört werden und seine Aussagen müssen bei der Entscheidungsfindung mit einfließen.

Es ist aber auch unsere Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger über wichtige Entscheidungen der Politik aufzuklären. Dies gilt - insbesondere - auch bei unpopulären Entscheidungen.

Im Umgang mit ihnen ist uns bewusst, dass er einerseits häufig nicht über die Informationen verfügt, die wir haben, wir aber andererseits trotzdem wichtige Informationen von ihm erhalten können. Um die Verbindung zu den Menschen und Institutionen zu gewährleisten, bieten wir neben schriftlicher, telefonischer und elektronischer Kontaktaufnahme auch das direkte Gespräch bei unseren Sitzungen, am Infostand oder beim Hausbesuch an und führen bei Bedarf auch Befragungen durch.

Wir sehen uns auch als Mittler zwischen Bürgern und Verwaltung. Eine Rückmeldung in beide Richtungen hilft, Missverständnisse zu vermeiden und stärkt das Verständnis füreinander. Als gutes Mittel haben sich hier Zukunftswerkstätten bewährt.

Uns ist eine gute und bezahlbare Grundversorgung mit den Dingen des täglichen Lebens wichtig. Deshalb setzen wir uns für Unternehmen in

städtischer Hand (Unternehmensverbund E.V.A. mit STAWAG, ASEAG, regio iT etc. oder Gewoge) ein, die eine Versorgung abseits von reinem Renditedenken gewährleisten und deren Gewinne zumindest teilweise dem Gemeinwesen wieder zugute kommen. Nur so kann eine gute und sichere Strom-, Gas- und Wasserversorgung, guter öffentlicher Personennahverkehr, eine optimale technische Ausstattung sowie günstiger Wohnraum gewährleistet werden.

Grundsätzlich befürworten wir alle Maßnahmen, die die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt verbessern, soweit sie in einer vernünftigen Kosten-Nutzen-Relation stehen. Wir sehen uns einerseits in der Verantwortung für die städtischen Finanzen, sehen aber andererseits, dass es gerade in der heutigen Zeit größerer wirtschaftlicher Aufwendungen bedarf, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Als Beispiel sei hier der Kinder- und Jugendbereich genannt: Alle Kinder und Jugendlichen sollen eine bestmögliche Versorgung vom Kindergarten bis zur Schule erhalten. Eine Gesellschaft, die dies nicht verfolgt, riskiert sehr hohe Folgekosten aufgrund von Arbeitslosigkeit und teuren Nachschulungen. Allerdings wollen wir den nachfolgenden Generationen nicht unsere Schuldenberge aufbürden. Deshalb ist hier eine mutige Politik gefragt, die mit Sparwillen notwendige Investitionen tätigt.

Unsere besondere Achtung gilt den Vereinen, von denen wir in Burtscheid ganz hervorragende haben. Sie bereichern durch ihr Engagement das soziale, kulturelle und sportliche Leben in unserer Stadt und übernehmen Aufgaben, die die Stadt nicht tragen kann, beispielsweise wenn es darum geht, Spitzen-, Breiten- und Schulsport sicherzustellen.

4. Fortschritt – was er für uns bedeutet

Der Begriff Fortschritt muss heute neu definiert werden. Fortschritt wurde oft gleichgesetzt mit Wachstum. In vielen Bereichen ist heute ein quantitatives Wachstum nicht mehr zu verantworten. Hier bedeutet Fortschritt nachhaltiges qualitatives Wachstum. Nachhaltigkeit ist die Grundvoraussetzung für eine friedliche Zukunft unserer globalisierten Welt. Der simple wie zutreffende Leitspruch „Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Wirtschaft“ behält Gültigkeit.

Wichtige Schritte sind die Umsetzung der Energiewende, der Umbau unserer Wirtschafts- und Industrielandschaft durch eine ökologische Wirtschaftspolitik sowie soziale Gerechtigkeit durch Partizipation. Auf kommunaler Ebene können durch das Angebot von genossenschaftlichen Betreibermodellen, z. B. im Bereich Energie, Teilziele erreicht werden. Nachhaltige Entscheidungen in der Bildungs-, Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik genauso wie in der Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeiten der Wissenschaft, dieses Ziel zu erreichen, auch politisch gewollt, gefördert und durchgesetzt werden. Gerade in der Hochschullandschaft in Aachen gibt es hierfür ein großes Potenzial (JARA – Jülich Aachen Research Alliance). In den Bereichen Gesundheit, Verkehr, Bildung, Energie und Wirtschaftsförderung bieten sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Ein gutes Beispiel ist hierfür die Förderung der Elektromobilität.

Der Stadtteil Burtscheid hat einen privilegierten Status als Schul-, Hochschul-, Klinik- und Kurklinik-Standort, um an der Entwicklung eines nachhaltigen Fortschritts mitzuwirken. Eine Zusammenarbeit mit Experten aus o.g. Bereichen bei öffentlichen Veranstaltungen wird praktiziert und weiter ausgebaut.

Fortschritt ist für uns jedoch kein ausschließlich kollektiv wirkender Begriff. Im Gegenteil: Fortschritt ist meist sehr individuell und persönlich. Wir stehen daher dafür ein, dass unseren Kindern und Jugendlichen die besten Chancen gegeben werden. Pädagogik und Erziehung sollen ihrem Wohl dienen, ihnen aber gleichzeitig genügend Sicherheit bieten, mit einer herausfordernden Welt umzugehen, mitunter mit den Medien und den vielen prägenden Eindrücken, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind. Wir stehen daher an der Seite der Familien und an der Seite der Kinder und Jugendlichen. Wir setzen uns für ihre materielle und gesellschaftliche Stärkung ein. Dies ist die beste Grundvoraussetzung für persönlichen Fortschritt.

5. Arbeit, Soziales, Gesundheit – Herzkammer der Sozialdemokratie

Die SPD ist die Partei der Sozialen Gerechtigkeit. Stärker als alle anderen stehen wir für eine gerechte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand. Lohndumping lehnen wir daher ebenso ab wie dauerhaft unsichere Beschäftigungsverhältnisse in Leiharbeitsfirmen oder darüber hinaus. Unbefristete, angemessen entlohnte und sozial abgesicherte Stellen müssen der Normalfall sein, Leiharbeit und Stellenbefristungen die Ausnahmen. Wir setzen uns für einen flächendeckenden Mindestlohn ein. Die minimale Entlohnung muss bei 8,50€ pro Stunde liegen, um allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Auskommen zu ermöglichen. Gerechtigkeit heißt auch, dass gleiche Leistung gleich entlohnt wird. Das bedeutet nicht, dass besondere Anstrengungen nicht besonders entlohnt werden sollen, aber es bedeutet, dass es nicht zu einem Lohngefälle zwischen Leiharbeitern und Festangestellten kommen darf. „Ein Betrieb, ein Lohn“ ist der Grundsatz jeder gerechten Vergütung. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch für die Tarifeinheit ein und unterstützen Tarifbindung und Flächentarifvertrag. Gleicher Lohn heißt aber auch, das geschlechterspezifische Lohngefälle abzubauen. Dass Frauen oft – und zunehmend – weniger verdienen als Männer mit den gleichen Aufgaben, ist in unseren Augen nicht hinnehmbar.

Arbeitslosigkeit darf kein existenzielles Risiko sein. Wir fordern eine angemessen häufige Prüfung des Regelsatzes, die sicherstellt, dass dieser zum Leben reicht und an der Kaufkraft gemessen nicht sinkt. Nehmen Arbeitslose an sinnvollen berufsbildenden Maßnahmen teil, so muss dies zu einer längeren Auszahlung des Arbeitslosengeldes I führen. Um Altersarmut zu verhindern, muss das Arbeitslosengeld II unabhängiger als bisher vom Vermögen des Betroffenen gezahlt werden. In jedem Fall muss die Wiedereingliederung ins Berufsleben mit allen Mitteln gefördert werden. Wir fordern, die von Schwarz-Gelb gekürzten Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik wieder anzuheben. Auch die öffentliche Hand muss als Arbeitgeberin aktiv werden und Mittel bereitstellen, um Arbeitsplätze zu schaffen und ihren allerorts anfallenden Aufgaben gerecht zu werden.

Der demographische Wandel stellt auch unsere Gesundheits- und Rentensysteme vor neue Herausforderungen. Die Rente mit 67 halten wir

daher bei allen Härten für einen notwendigen Schritt. Voraussetzung ist jedoch, dass auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten und tatsächlich arbeitsfähig sind. Eine Rente mit 69, wie sie jüngst von Politikberatern ins Spiel gebracht wurde, lehnen wir ab. Im Gesundheitswesen setzen wir uns für die Bürgerversicherung ein. Der Entwicklung zu einer Drei-Klassen-Medizin mit Kopfpauschale und Zusatzbeiträgen setzen wir damit unser Konzept einer gerechten Gesundheitsvorsorge entgegen. Gerade der Sektor der Privaten Krankenversicherung muss wesentlich stärker als bisher an der Finanzierung des gemeinschaftlichen Gesundheitssystems beteiligt werden. Die Existenz dieses Sektors muss gerade hinsichtlich des Ziels der Abschaffung einer Klassenmedizin immer wieder in Hinblick auf seine gesamtgesellschaftliche Funktion und Legitimität geprüft werden. Gleichzeitig soll die Kostenverteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder paritätisch erfolgen, einseitige Erleichterungen, die dann zu Lasten der anderen Seite gehen, lehnen wir ab. Auch die teilweise Finanzierung über Steuermittel führt zu einem gerechteren und stabileren Gesundheitssystem. Dies gilt unserer Meinung nach für alle Bereiche der Sozialversicherung.

6. Wirtschaft und Finanzen – Neues wagen

Wirtschaftliches Handeln und das Entwickeln dynamischer Märkte hat in der Vergangenheit zu einem rasanten Anstieg des weltweiten Reichtums und der allgemeinen Ressourcen- und Lebensmittelsicherheit in der westlich orientierten Welt geführt. Ähnlich wie beim Fortschrittsbegriff ist auch beim Begriff des Wirtschaftens immer an den konkreten Nutzen für das Allgemeinwohl zu denken. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, heißt es in Artikel 14, Absatz 2 unseres Grundgesetzes. Für uns gilt dies auch und gerade für das Wirtschaften. Dies ist der Kern sozialdemokratischer Forderungen an die soziale Marktwirtschaft: ein Wirtschaftsbegriff, der sich am Gemeinwohl orientiert. Der „ehrbare Kaufmann“, wie er lange Zeit europäischer Tradition entsprach, ist Markenzeichen unserer Vorstellung eines modernen Ideals. Neben seiner marktwirtschaftlichen Expertise und – das gestehen wir ihm zu – seinem berechtigten Interesse an Erfolg und

der Mehrung eigenen Wohls, handelt er mithin gemeinnützig nach den Grundsätzen von Treu und Glauben.

Ein Wirtschaftsleben, in dem es nur um Gewinne geht, das Soziale nur als Kostenfaktor angesehen wird und es deswegen gestrichen wird, ist weder erstrebenswert noch auf lange Sicht tragbar. Häufig sind es kleine und mittlere Unternehmen, die sich ihrer sozialen Verantwortung ihren Mitarbeitern gegenüber nach wie vor bewusst sind. Große Unternehmen, z.T. Aktiengesellschaften, geben hier vermehrt Anlass zur Sorge. Der ehrbare Kaufmann lebt vor, dass nur Mitarbeiter, deren Arbeit, Wissen und Kenntnisse wertgeschätzt werden, sich sozial gerecht behandelt fühlen und zu Spitzenleistungen in der Lage sind.

In Deutschland sind wir in vielerlei Hinsicht Spitze. Unsere Wirtschaft ist stark, mithin stärker im Export als in der Binnennachfrage. Deutschland, und insbesondere Nordrhein-Westfalen als Industriestandort, sichern neben Finanzmarktprodukten und Dienstleistungen die industrielle Basis unseres Landes. Unsere Unternehmen sind Weltspitze, unser Rechtssystem und unsere Infrastruktur attraktiv für internationale Investoren.

Wir stehen für ein gutes Wirtschafts- und Arbeitsklima ein, im konventionellen Betrieb wie im modernen Dienstleistungsunternehmen.

Auf kommunaler Ebene gilt: Aachen hat Traditionen in vielerlei Hinsicht: Als Kaiserstadt, als Stadt des Bades und des Wassers, aber auch als Standort von Süßwarenindustrie, Nadelindustrie oder Textil- und Tuchherstellung, als Sportstadt mit CHIO und Alemannia, als Wissenschaftsstandort mit unseren Hochschulen sowie als Industriestadt. Die Vielfalt unserer Möglichkeiten ist beeindruckend – wir sollten sie nutzen und besser vermarkten.

Als die mittlerweile abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung, die es nur auf eine Legislaturperiode (2005-2010) brachte, die Sparkassen privatisieren wollte, haben auch wir als Burtscheider SPD erfolgreich für den Erhalt der Sparkassen gekämpft. Sparkassen existieren seit mehr als 100 Jahren: Ihre Aufgabe besteht nach wie vor darin, der breiten Bevölkerung Möglichkeiten zu bieten, ein Konto zu führen und dieses zu nutzen – ein in seiner sozialen Verantwortung durch und durch sozialdemokratischer Gedanke.

Die weltweite Finanzkrise der letzten Jahre wurde – verkürzt und überspitzt ausgedrückt – von verantwortungslosen und nicht zur Verantwortung gezogenen Bankern verursacht, die ihre Spielsucht auf Kosten vie-

ler Kleinanleger befriedigt haben. Die Finanzkrise zog eine Wirtschaftskrise und nun die so genannte Schuldenkrise mit sich – Probleme, die unsere Gesellschaft vor existenzielle Herausforderungen stellen. „Ein Blick in den Abgrund“, wie es Peer Steinbrück formulierte.

Wir fordern gesetzliche Regelungen der Kapitalmärkte, die auch wirklich dort greifen, wo sie wirken können. Wir fordern vor allem eine Rückkehr zu einem durchschaubaren System des internationalen Wertpapierhandels. Ein Großteil der Finanzprodukte ist selbst für Spezialisten in ihrer Wirkungsweise kaum noch zu verstehen. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Dies bedeutet nicht, dass wir Aktienhandel oder Finanzmarktprodukten generell ablehnend gegenüber stehen. Ihre Distanz zur Realwirtschaft darf jedoch nicht so groß sein, dass eine Zuordnung zu dieser kaum mehr möglich ist.

Konsequenz dieses Handelns ist die Schuldenkrise Europas. Das, was momentan in Griechenland geschieht und was anderen Ländern droht, ist eine selten da gewesene, staatspolitische Katastrophe – ein Ausverkauf gesamter Länder und Kulturen. Für uns ist daher klar: Ein dauerhaftes Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben staatlicher Finanzen darf es nicht geben. Ziel der Burtscheider SPD sind ausgeglichene Haushalte: in der Kommune, im Land und im Bund. Um dies sicherzustellen, bedarf es nicht zwangsläufig Kürzungen im Sozialbereich. Auf kommunaler Ebene fragen wir uns: Braucht es z.B. die Errichtung einer so teuren archäologischen Vitrine?

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder auch mehr Einstellungen von Steuerfahndern können zusätzliche, bitter benötigte Milliardeneinnahmen bei Bund und Ländern generieren. Gleichzeitig ist im Rahmen allgemeiner Effizienzsteigerungen zu prüfen, wo Ausgaben entfallen können. Nicht zuletzt sei darauf verwiesen, dass auch der Abbau von Staatsschulden zum Entfallen von Zinslasten führt, was Ausgabeersparungen zur Folge hat.

Ähnlich wie bei vielen Themen dieses Leitbildes würde eine umfassende, der Thematik vollständig gerecht werdende Ausführung den Umfang sprengen.

Grundsätzlich ist für uns jedoch klar: Wir fordern verantwortungsbewussten Umgang mit den Finanzen – von Staat, Privatwirtschaft und jedem Einzelnen gleichermaßen.

7. Verkehr, Mobilität und Umwelt – keine Zeit verlieren

Der Wunsch nach Mobilität und der Wunsch nach einer gesunden Umwelt und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen scheinen sich mehr und mehr zu widersprechen. Wir sehen es als Aufgabe, dazu beizutragen, diesen Widerspruch in unserem Einflussbereich aufzulösen. Hierzu ist es notwendig, die Mobilität umweltverträglicher zu gestalten und gleichzeitig den Bewohnern der Innenstadtbereiche, zu denen auch Teile des Ortsteils Burtscheid zählen, die Möglichkeit zur Naherholung in der freien Natur, im Wald oder in Parks zu ermöglichen. Burtscheid ist durch den Aachener Wald, der sich in großen Teilen auf Burtscheider Gebiet befindet, das Gillesbachtal als „grünem Finger“ und landwirtschaftlichen Flächen komfortabel mit Erholungsflächen ausgestattet, deren Erhalt uns sehr wichtig ist. Der Ortsverein Burtscheid setzt sich auch für den Erhalt von Freiflächen in dicht bebauten Gebieten ein, die einen Beitrag für die Naherholung und die Verbesserung des Stadtklimas leisten können.

Die SPD in Burtscheid hat die Verkehrspolitik zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verbesserung des Verkehrsflusses, des ruhenden Verkehrs, der Schulwegsicherung, der Sicherheit des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Stärkung des ÖPNV wurde vom Ortsverein in Form von Vorschlägen, Anträgen und Pressearbeit eingebracht. Hierbei orientieren wir uns ebenso an den Bedürfnissen der Bürger wie auch an den gesamtstädtischen und städteregionalen Notwendigkeiten. Einige Ideen des Ortsvereins wurden bereits umgesetzt, die Realisierung anderer Vorschläge ist bei der weiteren Planung und Ausführung des Konzeptes „Stärkung des Wohn- und Versorgungsschwerpunktes Burtscheid“ zu erwarten. Die Bürgernähe wird in Burtscheid von dem SPD-Ortsverein durch regelmäßige Infostände - auch zu lokalen Themen -, Bürgerbefragungen sowie durch Präsenz in den Burtscheider Vereinen und Nachbarschaftsgespräche sichergestellt. Eine besondere Verantwortung für die Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Personen ergibt sich aus dem Kurstandort Burtscheid. Auch mit diesem Mobilitätsthema hat sich der Ortsverein Burtscheid intensiv beschäftigt und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Wegeverbindungen vorgeschlagen, die z. T. bereits umgesetzt worden sind. Die

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist in unserem Stadtteil als Kurviertel ein wichtiges Thema.

Das Thema Radverkehr wird von uns in Zukunft mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt werden, da das Fahrrad einen entscheidenden Beitrag zur Auflösung des eingangs genannten Widerspruchs leisten kann. Der Radverkehr hat in der Stadt Aachen einen besonders hohen Stellenwert, was auch durch die Mitgliedschaft in der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte“ deutlich wird. Wir begrüßen, dass die Stadt Aachen als Teil der Modellregion Elektromobilität Rhein-Ruhr (Forschungsprojekt „E-Aix“) besondere Anstrengungen unternimmt, um die Elektromobilität zu fördern. Es ist anzustreben, dass in Burtscheid neben dem bereits bestehenden Car-Sharing-Standort ein Verleih für Pedelecs, E-Roller und Fahrräder eingerichtet wird.

Auch wenn der Ortsteil Burtscheid in naher Zukunft nicht direkt davon profitieren wird, halten wir die Einrichtung einer Stadtbahn (Start: Campusbahn) für dringend erforderlich. Ein indirekter Vorteil für Burtscheid ergibt sich aus der Verringerung der automobilen Pendler zu den Arbeitsplätzen in Campus Melaten und Campus West durch die Nutzung der Stadtbahn.

Wir begrüßen den City-XL-Tarif der ASEAG und halten die schnellstmögliche Einführung der „wandelnden Kurzstrecke“ (Kurzstreckentarif unabhängig vom Einstiegsort) für erforderlich. Mittel- bis langfristiges Ziel sollte es sein, eine „Flatrate“ für die verschiedenen öffentlichen Verkehrsmittel in Aachen und der Städteregion einzuführen. Wir unterstützen die Bemühungen um die Realisierung des Südausgangs Hauptbahnhof und eines ICE-Haltepunktes für die Strecke nach London. Auch der Flughafen Aachen-Maastricht spielt eine nicht unwesentliche Rolle im Geschäfts- und Reiseflugverkehr.

Wenn wir uns mit der gesunden Umwelt und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen beschäftigen, ist auch die Wahl des Energieträgers eine wichtige Frage. Mit dem Antrag „Atomkraftwerke abschalten – überall!“ beim Unterbezirksparteitag und öffentlichen Aktionen Anfang 2011 hat sich die Burtscheider SPD für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen. Gleichzeitig halten wir den Ausbau der regenerativen Energien für alternativlos. Langfristig sollte angestrebt werden, dass sich die STAWAG ausschließlich in regenerativen Energien engagiert.

Keine Zeit verlieren sollten wir bei der Verringerung des konservativen motorisierten Individualverkehrs in der Stadt und der Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie beim Ausstieg aus der Atomenergie und des Einsatzes ausschließlich regenerativer Energieträger. Hierunter verstehen wir als Zwischenschritt das Streben nach Effizienzsteigerungen beim Kohlekraft Eschweiler-Weisweiler. Das verstehen wir unter einer nachhaltigen Verkehrs- und Umweltpolitik auf lokaler Ebene.

8. Bildung, Forschung, Kultur: Wissen ist Zukunft

Bildung und Wissen sind die Grundlage für eine soziale Gesellschaft. Nur durch vernünftige Bildung kann die Grundlage des Wissens erschaffen werden, die für lebenslanges Lernen benötigt wird. Wir Sozialdemokraten fordern schon seit Jahrzehnten gleiche Bildungschancen für alle: Das heißt für uns vor allem: Chancengleichheit und Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Universität. Wir Sozialdemokraten haben in Nordrhein-Westfalen die von Schwarz-Gelb eingeführten Studiengebühren wieder abgeschafft, mit der direkten Konsequenz, dass wir jedem Studierenden 1000,- EUR Mehrkosten im Jahr ersparen und das Land die Einnahmeausfälle der Universitäten auffängt. Das ist Politik für die Menschen im Land.

Jeder Euro, der am Anfang des Lernens investiert wird, zahlt sich später mehrfach aus. Durch eine vernünftige Bildung wird die Grundlage dafür gelegt, neues Wissen zu erwerben und auch weiter zu geben. Dabei gehen wir nicht nach dem Gießkannenprinzip vor. Vielmehr prüfen wir grundsätzlich, wie wir eine Bildungslandschaft schaffen können, die jedem wissbegierigen Menschen eine bestmögliche Ausbildung bietet.

Neben den großen landespolitischen Leitlinien zur Bildungspolitik haben wir in Aachen einen großen Schritt mit der Gründung der vierten Gesamtschule getan. Als Ortsverein unterstützten wir die Maßnahme, insbesondere weil die bestehenden Aachener Gesamtschulen längst nicht alle Interessenten aufnehmen konnten. Gleichzeitig verstehen wir uns aber auch als Partner der in Burtscheid ansässigen Schulen und Lehrinrichtungen, der vielen Gymnasien und Grundschulen, sowie der Haupt- und Realschule und der universitären Einrichtungen in Burtscheid.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass für alle Kinder die bestmögliche Bildung erreicht werden kann. Das bedeutet, dass viele gut aus- und fortgebildete und motivierte Lehrkräfte eingestellt werden. Wir unterstützen Maßnahmen wie „Schulen ans Netz“ und wollen, dass moderne Informationstechnologie und moderne Lernmethoden weiterhin verstärkt Einzug an unseren Schulen halten. Die Stadt muss auch bei klammer Kasse dafür sorgen, dass Kindern von Anfang an der sichere Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln beigebracht wird – dies auch und gerade in Bezug auf Datenschutz, Persönlichkeitsrechte und Informationsfreiheit. Schule ist für uns zudem ein Ort des sozialen Miteinanders und Lernens, worauf in der Bildungspolitik künftig mehr Wert gelegt werden sollte.

Für uns gehört zudem die Kulturförderung unmittelbar zu einer bildungspolitischen Aufgabe. In der Kultur drücken sich Philosophie, Kunst und Sinnerzeugung in einer mannigfaltigen, fortwährend interpretierbaren Sprache aus. Sie ist in der Lage, eine eigene gesellschaftliche Kommunikationsplattform zu schaffen und erfüllt damit, abseits der materiellen Zwänge des Alltagslebens eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Funktion. Deswegen setzen wir uns für eine starke Kulturlandschaft in Aachen ein, die von allgemeinen Sparvorgaben zwar nicht ausgenommen werden kann, der wir jedoch genügend eigengestalterischen Spielraum zur freien Entwicklung und Entfaltung geben wollen. In Burtscheid springt uns dabei in erster Linie das Diana-Kino ins Auge, dessen Zukunft vom Willen eines noch zu findenden Investors abhängt. Wir setzen uns beherzt dafür ein, dass diese Stelle ein Ort der Kultur bleibt bzw. wieder werden kann. Aber auch darüberhinausgehend hat Burtscheid enormes kulturpolitisches Potenzial. Was spricht dagegen, Teile stadtbekanntere Events (September Special, Kulturprogramm rund um die Karlspreisverleihung, etc.) in Burtscheid stattfinden zu lassen? Genauso wie die Förderung des Breitensportes eine gesundheitsfördernde Maßnahme darstellt, hat die Kulturförderung, neben der wichtigen Bedeutung für die Freizeitgestaltung und seelische Gesundheit von breiten Bevölkerungsschichten, einen Wert als Präventionsmaßnahme auf sozialpolitischem Gebiet, und zwar besonders im Jugend- und Seniorenbereich. Durch entsprechende kulturpolitische Angebote können Jugendliche vor Perspektivlosigkeit und Senioren vor Vereinsamung bewahrt werden.

Die logische Konsequenz guter Bildungspolitik ist für uns die Forschungsförderung. Denn nur wer forscht, weiß, was zu lehren ist. Hierbei gilt es, unsere Potenziale in der Region optimal auszuschöpfen und die exzellente RWTH zu einem noch gefragteren Forschungsstandort auszubauen. Hier gilt es aber auch, überregional zu denken und Grenzen zu überwinden. Institutionen wie die RWTH Aachen, die Universiteit Maastricht, die Université de Liège, das Forschungszentrum Jülich, die Universität zu Köln oder die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn samt der vielen weiteren Hoch- und Fachhochschulen in der Region sind Ausdruck eines dichten und innovativen Clusters von Forschung in der Region, dessen wir uns bewusst sein und das wir nutzen sollten. Wir unterstützen daher vielfältige Bestrebungen, z.B. von den Industrie- und Handelskammern, hier innovativ zu wirken. Insbesondere die Forschung und Förderung der Elektromobilität oder die Erforschung strategischer Weiterentwicklungsmöglichkeiten im naheliegenden Kohlerevier können einen Eckpfeiler künftiger Innovationsentwicklung in Aachen und Umgebung darstellen. Forschungspolitik heißt für uns jedoch auch, auf bereits vorhandenes Können und Wissen zurückzugreifen und dieses im Sinne wirtschaftsförderlichen Handelns umzusetzen.

9. Europa- und Weltpolitik – Wir wachsen zusammen

Eine friedliche Weltordnung ist nur möglich, wenn auch in den internationalen Beziehungen die Herrschaft des Rechts gilt. Wir unterstützen daher die Bestrebungen zu einer Reform und einer Stärkung der UNO. Ohne Mandat des Sicherheitsrates darf es keine militärischen Einsätze geben. Damit die Einsätze akzeptiert werden, muss die Struktur des Sicherheitsrates jedoch den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Auch die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen mit ständigen Mitgliedern vertreten sein. Ein deutscher Sitz ist für uns eine wichtige Zwischenstation zu einer gemeinsamen Mitgliedschaft der Europäischen Union.

Wir unterstützen die vielfältigen Demokratiebewegungen überall auf der Welt. Militärische Mittel dürfen aus unserer Sicht nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden, um die Zivilbevölkerung eines Landes zu schützen. Von außen erzwungene Regimewechsel wie im Irak oder in Afghanistan

führen kaum zu funktionsfähigen Demokratien und schaffen keine Stabilität. Finden Auslandseinsätze statt, muss der deutliche Schwerpunkt auf dem Aufbau ziviler Strukturen in den betroffenen Staaten liegen. Militärische Mittel als Ultima Ratio bedürfen in jedem Fall einer stichhaltigen Begründung und einer völkerrechtlichen Legitimierung. Wir sind uns des Dilemmas bewusst, das auch auf dem Evangelischen Kirchentag 2011 in Dresden formuliert wurde: Sowohl im Tätigwerden als auch im Unterlassen kann schuldhaftes Handeln liegen. Diskutiert man daher Militäreinsätze, dann nur unter höchster Sachlichkeit, Menschlichkeit und unter der Prämisse des Humanismus.

Ob Klimawandel, internationaler Terrorismus oder die Kontrolle von ABC-Waffen: Alle diese Probleme können nur noch in enger internationaler Zusammenarbeit gelöst werden. Wir unterstützen die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, eine funktionierende Vereinbarung zur Bewältigung des Klimawandels zu treffen. Auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls setzen wir uns für verbindliche Abmachungen zu CO₂-Minderungszielen ein. Mit der Ratifizierung des New-Start-Vertrags durch Russland und die USA wurde ein wichtiger Schritt zur Wiederbelebung des Abrüstungsprozesses getan. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, auf diesem Weg weiterzugehen. Die von US-Präsident Barack Obama formulierte Vision einer atomwaffenfreien Welt ist dabei ein Fernziel, das wir mit Begeisterung teilen.

Eine gute Weltordnung ist nur als solidarische Weltordnung möglich. Wir unterstützen zudem die „International Labour Organization“ in ihrem Bestreben, den Dialog der Sozialpartner auf internationaler Ebene zu führen und sich weltweit für gute Arbeit einzusetzen. Solidarität heißt besonders auch Solidarität mit den Entwicklungsländern. Die Subventionen und Einfuhrzölle der EU verhindern, dass arme Staaten ihre Waren auf ihren eigenen, aber auch auf unseren Märkten absetzen können. Wir setzen uns daher für eine weltweite Abschaffung der direkten und indirekten Handelshemmnisse für Entwicklungsländer in der EU aber auch weltweit ein. Wir fordern gleichzeitig die Bundesregierung auf, die deutsche Entwicklungshilfe, wie angekündigt bis 2015 auf 0,7% des BIP anzuheben.

Wir unterstützen die Europäische Union und setzen uns für den weiteren Fortgang der Europäischen Integration ein. Dies tun wir auch durch un-

sere Arbeit vor Ort, indem wir den Kontakt und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Belgien und den Niederlanden suchen.

Die EU darf keine Festung sein: Wir fordern daher eine konkrete Mitgliedschaftsperspektive für die Türkei.

Die Europäische Union kann nur als soziale Union gelingen. Zu oft führen Sozial- und Steuerdumping zu einem Wettlauf nach unten. Wir setzen uns daher für eine europäische Sozialcharta und eine vereinheitlichte Bemessungsgrundlage bei der Unternehmenssteuer ein sowie einen Korridor von Mindeststeuersätzen, um einen europäischen Unterbietungswettbewerb zu verhindern. Um Steuerflucht wirkungsvoll zu bekämpfen, setzen wir uns für eine verbesserte europäische Zusammenarbeit und eine europaweite Quellensteuer ein. Um Sozialdumping zu verhindern, halten wir europaweite Sozialstandards für die beste Lösung. In jedem Fall muss die Sozialpolitik zum Gegenstand der europäischen Regulierung werden, ohne dass nationale Handlungsmöglichkeiten „nach oben“ beschränkt werden. Auch bei den Arbeitslöhnen dürfen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der EU-Mitgliedstaaten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen uns für die Einführung europaweiter Mindestlöhne ein, um eine automatische Anpassung an den kleinsten gemeinsamen Nenner zu verhindern.

Als Ortsverein in Burtscheid nehmen wir hier auch eine Sonderstellung ein. Durch unsere direkte Grenzlage zu den belgischen Nachbarn wissen wir, was es bedeutet, Europapolitik zu leben. Wer von uns erinnert sich nicht, wie es war, als früher Zollbeamte die Grenzen kontrollierten? Wir fördern den Austausch mit unseren Nachbarn und freuen uns über die sprachliche und kulturelle Vielseitigkeit unserer Region. Die Integration von Migranten und das Bemühen beider Seiten zum Gelingen jener sind für uns selbstverständlich. Aus diesem Grund setzen wir uns auch aktiv gegen Kräfte in unserer Gesellschaft ein, die durch populistisches Schüren von Ängsten in der Bevölkerung versuchen, ein friedliches Miteinander zu stören.

10. Konkrete Schritte, Zusammenarbeit und Partner

Politik ist dann sinnvoll, wenn sie beharrlich darauf zielt, das umzusetzen, was sinnvoll ist. Als Ortsverein haben wir viele Möglichkeiten, dies zu erreichen. Wir haben uns beherzt und mit Erfolg für die offene Zugänglichkeit der Burtscheider Thermalquellen eingesetzt. Wir stehen durch Mandatsträger im Austausch mit dem Aachener Stadtbetrieb und wirken darauf hin, dass Burtscheid ein sauberer Stadtteil ist und bleibt. Wir wollen den Erfolg der Städteregion Aachen, deren wir uns als Burtscheider besonders verpflichtet sehen. Wir drängen auf eine vernünftige Verkehrssituation in Burtscheid und vieles mehr.

Partner ist für uns daher jeder, der sich in ernstem Bemühen für das Wohl Burtscheids einsetzt. Wir schätzen im Besonderen das Engagement der für Burtscheid wirkenden Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Interessensgemeinschaften, der Initiativen, der ansässigen Unternehmen und Familien, der Stiftungen und Ausbildungsstätten. Hervorzuheben ist auch das Engagement der Kirchen, die Burtscheid im Besonderen geprägt haben und prägen und einen ganz wesentlichen Anteil an Burtscheids Traditionalität und Erscheinungsbild haben. Burtscheid als Kur- und Erholungsort, aber auch als dynamischen, jugendfreundlichen Stadtteil zu positionieren, bleibt uns weiterhin ein Anliegen.

Bei all diesen Zielen zählen wir in erster Linie auf Sie.

Teilen Sie uns mit, wo der Schuh drückt. Bringen Sie Ihre Ideen bei uns ein und äußern Sie Kritik – wir freuen uns auf Sie!

Ihr

SPD Ortsverein Aachen-Burtscheid

– Der Vorstand –

--

Kontakt:

SPD Ortsverein Aachen-Burtscheid

Schervierstraße 36

52066 Aachen

Tel.: 0241 - 64967

Mail: vorstand@spdburtscheid.de